



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-3905 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ZL. 97.111/353-SL III/91

Wien, am 22. November 1991

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer
Parlament
1017 W i e n

1605 IAB
1991 -11- 26
zu 1913 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Voggenhuber, Freundinnen und Freunde haben am 12. November 1991 unter der Zahl 1913/J-NR/1991 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung des Gallup Instituts und der Dr. Karmasin Marktforschung über Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Österreich" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sehen Sie angesichts des manifesten Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit die Notwendigkeit zum politischen Handeln. Wenn nein, warum nicht?
2. Wenn ja, was gedenken Sie in Ihrem Verantwortungsbereich zu tun?"

- 2 -

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Ich halte es aus grundsätzlicher Überzeugung für notwendig, Manifestationen des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit ständig und immer wieder entschlossen entgegenzutreten. Ich habe mich zu dieser Haltung nicht erst angesichts des in der Anfrage zitierten Befragungsergebnisses entschlossen, sondern - wie den Anfragestellern bekannt sein müßte - bereits zu Beginn dieses Jahres eine Informationsaktion des Innenministeriums vorbereiten lassen, die mit September dieses Jahres auch breit in den österreichischen Medien ihren Niederschlag gefunden hat. Grundlinie dieser Aktion ist einerseits die Information über die Leistungen Österreichs auf dem Gebiet der Asylpolitik, über die politischen Konzepte in diesem Zusammenhang und andererseits das Anliegen, durch Vermittlung von Information unbegründete Angst abzubauen. Ich bin überzeugt davon, daß durch diese Aktion wesentlich zu dem in der Anfrage zum Ausdruck gebrachten Anliegen beigetragen wird.

Franz L.